

**Ergebnisprotokoll
der 7. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 10.03.2016**

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 16.05 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Crueger
Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Strohmann in Vertretung für Frau
Neumeyer
Herr Imhoff

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe in Vertretung für Herrn Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Frau Bernhard in Vertretung für Herrn
Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann	Der Senator für Umwelt, Bau und
Frau Zimmermann	Verkehr
Frau Windeler	
Frau Prof. Dr. Reuther	
Frau Rüpke	
Frau Kamp	
Herr Musiol	
Herr Eickhoff	
Herr Kaal	
Frau Rolker	
Herr Wunsch	
Herr Lankowsky	
Herr Dr. Kountchev	
Herr Koch	
Frau Dr. Küker	
Herr Weiß	
Frau Baute	
Herr Richts	
Frau Pieper	ASV
Herr Horstmann	
Herr Donaubaue	BBN

III Gäste

Herr Dr. Steinbrück	Landesbehindertenbeauftragter
---------------------	-------------------------------

IV Gastdeputierte

Frau Sprehe	SPD-Fraktion
Herr Bücking	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Scharf	CDU-Fraktion
Herr Buchholz	FDP-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 7. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet **Herr Staatsrat Meyer** über den aktuellen Sachstand zu den Legionellenerkrankungen. Das Ausbruchmanagement liege bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz. Es habe zwei Häufungen von Legionellenerkrankungen gegeben, eine im November/ Dezember letzten Jahres mit 17 Erkrankten und eine zweite Häufung im Februar / März diesen Jahres mit Erkrankungen in gleicher Größenordnung, in beiden Fällen gab es je einen Todesfall. Das Gesundheitsamt habe die Betroffenen und Angehörigen befragt, um die Legionellenquelle zu ermitteln. Es wurden keine Gemeinsamkeiten zwischen den betroffenen Menschen sowohl in der ersten als auch in der zweiten Welle gefunden, außer, dass alle ihren wesentlichen Aufenthaltsort im Bremer Westen haben. Dies habe den Verdacht nahe gelegt, dass, wie auch in Warstein, Jülich und Ulm, sogenannte Rückkühlanlagen als Quelle in Frage kommen. Diese verdunsten Wasser und geben dieses als Wassertröpfchen an die Umwelt ab, die eingeatmet werden können. Wenn eine solche Anlage mit Legionellen belastet sei, würden die Legionellen über die Wassertröpfchen in die Lunge gelangen und könnten -bei entsprechender Disposition- eine Erkrankung auslösen. Der Bereich Immissionsschutz beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr leistet Amtshilfe bei der Identifikation von Unternehmen, die solche Rückkühlanlagen betreiben. Diese Anlagen seien nicht genehmigungspflichtig und nicht meldepflichtig nach dem BImSchG. Daher wisse man nicht, wo überall diese Anlagen stehen. Wenn diese Anlagen entsprechend der technischen Regeln nach dem Immissionsschutzgesetz betrieben, gewartet und desinfiziert würden, dann würden sie auch keine Gefahr darstellen. Da ein freiwilliger Aufruf an die AnlagenbetreiberInnen, sich bei der Gewerbeaufsicht zu melden bisher nicht sehr erfolgreich war, wurde heute eine Allgemeinverfügung erlassen, wonach die BetreiberInnen solcher Anlagen nach § 24 BImSchG verpflichtet werden, sich innerhalb von 14 Tagen beim Gewerbeaufsichtsamt zu melden, damit die Anlagen beprobt werden können. Ein Unterlassen dieser Meldepflicht könne als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld bis zu 50.000 € belegt werden. Parallel werde seit November mit hochauflösenden Luftbildern nach diesen Anlagen gesucht und auch Anlagen identifiziert. Allerdings dauere dies relativ lange, daher habe man die Unternehmen nun zu einer Meldung zu verpflichtet. Das Vorgehen orientiere sich an dem in anderen Städten mit ähnlichen Ausbrüchen. Die Anlagenbetreiber seien auch aufgefordert, ihre Anlagen zu desinfizieren, so dass möglicherweise die Legionellenquelle nicht gefunden werde. Im Vordergrund stehe das Stilllegen der Quelle, um weitere Erkrankungen zu verhindern. Denjenigen, die eine solche Anlage nicht korrekt betreiben und eine Legionellenerkrankung verursachen, können Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung oder fahrlässiger Tötung drohen. Darüber entscheidet die Staatsanwaltschaft.

Herr Strohmann ist sehr verwundert darüber, dass es keine Dokumentationspflichten gibt, wie oft eine solche Anlage gewartet und desinfiziert werde. Mit solchen Arbeiten würden in der Regel Handwerksfirmen beauftragt, denen dann auch bekannt sein müsste, wo sich Rückkühlanlagen befänden.

Herr Staatsrat Meyer ergänzt, dass bereits nach den erwähnten Legionellenausbrüchen in anderen Städten gefordert wurde, diese Rückkühlanlagen stärker zu reglementieren. Die Bundesregierung arbeite seit ca. zwei Jahren an einem entsprechenden Entwurf der 42. Verordnung zum BImSchG. Zwar gebe es technische Regelwerke und Empfehlungen, aber eine rechtlich verbindliche Regelung fehle nach wie vor. Bremen hat diese immer gefordert. Das Ressort stehe in Kontakt mit den Handwerkern, die solche Anlagen aufbauen, warten oder desinfizieren. Die Innungs- und Handwerkskammer seien informiert, um auch von dort Hinweise zu bekommen, wo Anlagen stehen.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

TOP 8a) Bericht zum Bewirtschaftungsplan Salzreduzierung wird **vertagt**.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 19/5 der Sitzung am 07.01.2016)	
--------------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 13. Monat 2015 -1-	Vorlage 19/107	L/S
--------------	--	-------------------	-----

Frau Rüpke erläutert die wesentlichen Inhalte.

Auf Nachfrage von **Frau Bernhard** erläutert **Frau Rüpke**, dass im Bereich Städtebau alle Bundesmittel gezogen werden können und die geplanten Projekte weiter laufen können. Die nicht verausgabten Reste entstünden wenn Projekte nicht so schnell realisiert würden, wie geplant. Diese Mittel seien notwendig für das Liquiditätsmanagement.

Herr Pohlmann weist auf die geplante Sondersitzung zu den Haushaltsplänen am 6. April 2016 hin.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt Kenntnis.

TOP 5	Neufassung der Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten - 18 -	Vorlage 19/64	L/S
--------------	--	------------------	-----

Herr Dr. Steinbrück begrüßt die neue Richtlinie ausdrücklich.

Frau Staatsrätin Friderich berichtet, dass der Senat am 01.03.2016 der Richtlinie zugestimmt habe.

Herr Strohmann möchte wissen, ob die Richtlinie sich bei zukünftigen Investitionen im öffentlichen Raum finanziell auswirken werde.

Herr Hamann erinnert an die Diskussionen z.B. über die Notwendigkeit von barrierefreien Querungsmöglichkeiten an der Richard- Boljahn- Allee bzw. Kurfürstenallee. Er sei dankbar, dass diese Richtlinie jetzt verabschiedet werden könne. Barrierefreiheit sei kein Problem für einige wenige, sondern sollte auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein Generationenprojekt für alle sein. Er gehe davon aus, dass es bei zukünftigen Diskussionen über Barrierefreiheit oder z.B. Tempo 30 mehr Rücksicht genommen werde auf die Menschen, die das benötigen.

Auf die Frage von **Herrn Pohlmann** antwortet **Frau Pieper**, dass die Richtlinie mittels eines Erlasses verbindlich für die gesamte Bremische Bauverwaltung eingeführt werde und dann auch eingehalten werden müsse. Im Grunde genommen werde die bisher bereits vorhandene Richtlinie hiermit fortgeschrieben und weiter konkretisiert. Eine höheres Investitionserfordernis sei daher nicht zwangsläufig zu erwarten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den vorgelegten Richtlinienentwurf zur Kenntnis und empfiehlt, diesen als verbindlich anzuwendende Richtlinie für Bauvorhaben des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven einzuführen.

Einstimmig

TOP 6	Umstellung des Verfahrens zur Beteiligung der Vergabeausschüsse -1-	Vorlage 19/118	L/S
--------------	---	-------------------	-----

Frau Bernhard kritisiert Ziffer 3 des Beschlussvorschlags, wonach es möglich sein solle, Vergabevorgänge erst nach der erfolgten Vergabe dem Vergabeausschuss vorzulegen.

Herr Schomaker schließt sich der Kritik an.

Frau Rüpke erklärt, dass Ausschreibungen immer an Fristen gebunden seien. Bereits in der Vergangenheit war es schon Praxis, dass bei Bundesvorhaben nach der Vergabe berichtet wurde. Ziel des Ausschusses sei es, Transparenz über das Vergabeverfahren zu schaffen. Diese Transparenz werde auch sichergestellt, wenn der Ausschuss in Einzelfällen nachträglich prüfe.

Herr Strohmann unterstützt den vorgelegten Vorschlag zur Umstellung des Verfahrens, der aus einem Wunsch der Parlamentarier resultiere. Der Ausschuss habe eine beratende, kontrollierende Funktion. In den Jahren seiner Mitgliedschaft im Vergabeausschuss hätten die senatorischen Dienststellen vorbildlich gearbeitet und offen gelegt, wonach gefragt wurde. Es sei für alle Seiten ein sehr gut austariertes Verfahren.

Herr Schomaker plädiert für ein Umlaufverfahren, wenn ein Vergabevorgang nicht vor der Vergabe dem Ausschuss vorgelegt werden könne.

Herr Pohlmann erklärt, dass im Ausschuss Vergaben zu Maßnahmen vorgestellt werden, über deren Umsetzung die Deputation beschlossen habe. Im Ausschuss gehe es dann z. B. um Fragen der Tariftreue und des Vergaberechts. Was dort beraten werde, sei vertraulich.

Frau Bernhard unterstützt den Vorschlag, ein Umlaufverfahren durchzuführen, wenn die Fristen sonst nicht eingehalten werden können.

Frau Rüpke weist darauf hin, dass die Ausschreibungsunterlagen zum einen sehr umfangreich und zum anderen schon aus Gründen des Daten- und Wettbewerbsschutzes nicht in einem Umlaufverfahren zu versenden seien.

Herr Saxe ergänzt, dass der Zweck des Ausschusses Transparenz und Kontrolle sei. Das sei auch erfüllt, wenn im Einzelfall hinterher zur Kenntnis genommen werde. Wenn sich herausstelle, dass dieses Verfahren sich nicht bewähre, könne es wieder geändert werden.

Frau Dr. Schaefer betont, dass es um sehr sensible Daten gehe. Der Ausschuss tage deswegen auch nicht öffentlich. Es gehe im Ausschuss nicht darum, über eine Vergabe zu entscheiden, sondern darum, zu prüfen, ob eine Vergabe ordnungsgemäß erfolgt sei.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft legt die Sitzungstermine für die Vergabeausschüsse gekoppelt an die Sitzungstermine für die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fest und stimmt der möglichst zeitnahen Vorlage von Vergaben analog zur Vergabe des Bundesfernstraßenbaus zu.*

Einstimmig

2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt die in der Vorlage bezeichneten Schwellenwerte für die Vorlage der Vergabevorgänge.*

Einstimmig

3. *Sie stellt es in das Ermessen der senatorischen Behörde, den Vergabeausschüssen nach Maßgabe der oben genannten Schwellenwerte vorzulegende Bauverabergänge erst nach der Auftragserteilung vorzustellen, wenn Termingründe dieses erfordern.*

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktionen DIE LINKE und FDP

TOP 7	Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie in der zweiten Bewirtschaftungsperiode 2015 bis 2021 für die Flussgebietseinheit Weser -33-	Vorlage 19/82
--------------	---	------------------

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass die Ergebnisse sehr alarmierend seien. In Bremen befinde sich so gut wie jedes Oberflächengewässer in einem schlechten ökologischen und chemischen Zustand. Es sei eine große Herausforderung für Bremen nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie bis spätestens 2027 einen guten ökologischen Zustand der Oberflächengewässer zu erreichen. Die Koalition wolle sowohl am Spülfeld am Neuen Lunesiel und auch an der Geeste-Niederung ökologische Maßnahmen für eine Verbesserung des ökologischen Zustands durchführen. Aus der Vorlage gehe aber auch deutlich hervor, dass einige Probleme aus Maßnahmen resultieren, die gar nicht in Bremen vollzogen worden seien, wie salzhaltige Abwässer, die in die Werra eingeleitet werden und dann in die Weser gelangen oder Nitrat durch Gülle aus dem niedersächsischen Umland. Bremen solle sich dafür einsetzen, dass hier nicht nur eine Absenkung des Grenzwertes auf Bundesebene herbeigeführt werde, sondern dass vor allem in der Kaliproduktion künftig Technologien eingesetzt werden, die eine Einleitung überflüssig machen.

Herr Crueger ergänzt, dass man jetzt im Schulterschluss gerade auch mit den Niedersachsen, an die Adresse Hessens ein deutliches Signal senden müsse, was die Pipeline zur direkten Einleitung von salzhaltiger Lauge in die Werra angehe.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem bremischen Begleitdokument (Bremischer Beitrag zum Bewirtschaftungsplan und zum Maßnahmenprogramm 2015 bis 2021 für das Flussgebiet Weser (Anlage 1) und dessen Veröffentlichung zu.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt einer Ausnahme der am 12.01.2016 nach Art. 132 a Brem LV beschlossenen Bewirtschaftungsmaßnahmen in Höhe von 6,495 Mio. € zu.*
3. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2016/2017 der konsumtive Finanzierungsbedarf des Maßnahmenprogramms mit 300.000 € für 2016 und 500.000 € für 2017 vorgesehen ist. Die Deputation beschließt, dass die verbleibende Finanzierungslücke im Jahr 2016 mit einem Betrag von 180.000 €, in 2017 von 80.000 € konsumtiv und einem Betrag von 150.000 € investiv sowie im Jahr 2017 mit einem Betrag von 630.000 € investiv durch die Bereitstellung von Mittel aus der AbwAG/BremWEGG gedeckt wird und diese Maßgabe bei der Aufstellung der Sondermittelbewirtschaftungspläne 2016 bis 2017 berücksichtigt wird.*
4. *Die Deputation stimmt zu, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr beim Haushalts- und Finanzausschuss eine Mittelinanspruchnahme (M-Antrag) über 0,55 Mio. € in 2016 und das Eingehen einer Verpflichtung (M-Antrag) in Höhe von 5,945 Mio. € für den Zeitraum 2017 bis 2020 gem. der dargestellten Finanzierung beantragt.*
5. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt*
 - a) *den Bewirtschaftungsplan 2015 bis 2021 für die Flussgebietseinheit Weser gemäß § 83 WHG (Anlage 2),*
 - b) *das Maßnahmenprogramm 2015 bis 2021 für die Flussgebietseinheit Weser gemäß § 82 WHG (Anlage 3),*
 - c) *den detaillierten Bewirtschaftungsplan 2015 bis 2021 für die Flussgebietseinheit Weser bezüglich der Salzbelastung gemäß § 83 Abs. 3 WHG in Ergänzung zum Bewirtschaftungsplan 2015 bis 2021 für die Flussgebietseinheit Weser gemäß § 83 WHG (Anlage 4) und*
 - d) *das detaillierte Maßnahmenprogramm 2015 bis 2021 für die Flussgebietseinheit bezüglich der Salzbelastung Weser gemäß § 82 in Ergänzung zum Maßnahmenprogramm 2015 bis 2021 für die Flussgebietseinheit Weser gemäß § 82 WHG (Anlage 5)**zur Kenntnis und ermächtigt den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur abschließenden Beschlussfassung in der*

Weserministerkonferenz

6. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den SUBV ferner, über den Fortschritt der Bewirtschaftungsplanung alle 2 Jahre Bericht zu erstatten.

Einstimmig

TOP 8	Berichte der Verwaltung	
TOP 8a)	Bericht zum Bewirtschaftungsplan Salzreduzierung‘ -3-	BdV schriftlich

-vertagt-

TOP 8b)	Hundekotbehälter -2-	BdV schriftlich
---------	--------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8c)	„Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie – 1. Hochwasserrisikomanagement-Plan der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Weser“ -32-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8d)	Schienenpersonennahverkehr im Land Bremen - Bericht 2016 -5-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

Herr Saxe stellt fest, dass viele kleine Verbesserungen erreicht wurden. Eine größere Verbesserung sei, dass der Viertelstundentakt nach Bremen-Vegesack ausgeweitet wurde – mit einer erfreulichen Akzeptanz. Die Pünktlichkeit zwischen Bremen und Bremerhaven sei nach wie vor ein Problem. Hier müsse man sehen, ob die eingeleiteten Maßnahmen wirken.

Frau Sprehe schließt sich dem an. Die Verspätungen auf der Strecke Bremerhaven-Bremen müssten im Rahmen gehalten werden. Mit einem 20 min Aufenthalt in Bremen sei ein Zeitfenster für die Weiterfahrt nach Bremerhaven geschaffen worden. Auch sie begrüßt die Ausweitung des Viertelstundentaktes vor 14:00 Uhr. Schön wäre es, wenn dieser Takt bis 20:00 Uhr ausgedehnt würde.

Herr Hamann fragt nach Fahrgastzahlen auf der erixx-Heidekreuz- Relation. Hinsichtlich des barrierefreien Ausbaus weiterer Haltestellen berichtet er von einem Vorfall in Bremen- Walle, wo Personen, die auf den Fahrstuhl angewiesen waren, aufgrund eines nicht funktionierenden Fahrstuhls dort festgesessen hätten. Es sei sicherzustellen, dass in solchen Fällen schnell geholfen werde.

Weiter fragt er nach dem Bedarf und der Berücksichtigung von Fahrradabstellanlagen.

Herr Lankowsky berichtet, dass das Thema Pünktlichkeit auf der Verbindung Bremen-Bremerhaven natürlich ganz oben auf der Tagesordnung stehe. In der kommenden Woche stehe ein routinemäßiges Statusgespräch mit der Nordwestbahn an, auch dort habe das Thema hohe Priorität. Wichtig sei aber auch die Zuverlässigkeit der Infrastruktur, wofür die DB

Netz zuständig sei. Es sei dazu geplant in Bremen- Burg ein elektronisches Stellwerk zu bauen, dies dauere aber noch ein paar Jahre. Die DB Netz sei bemüht, die Verfügbarkeit möglichst hoch zu halten.

Bei der anstehenden Neuvergabe der Regio-S-Bahn werde auch eine Ausweitung der Taktverdichtung bis 20:00 Uhr geprüft.

Die Fahrgastzahlen auf der Linie erixx-Heidekreuz liegen im Zulauf auf Soltau bei ungefähr 500 Reisenden, auf Bremer Gebiet dann bei etwa 800-1000, je nach Jahreszeit. Die erixx-Züge sollten nach Prüfauftrag auch in Mahndorf halten, was sicher die Attraktivität sowohl des Verknüpfungspunktes Mahndorf als auch dieser Linie steigern werde.

Bei den Fahrstühlen gebe es Notrufeinrichtungen mit denen die Fahrgäste Kontakt aufnehmen können. Vor dem Hintergrund, die Zuverlässigkeit zu erhöhen, wurden in den vergangenen Jahren bereits am Hauptbahnhof die Fahrstühle erneuert, für die übrigen Stationen sei dies von der DB jetzt auch angekündigt.

An allen zu sanierenden Stationen werden Bike&Ride Stationen mitgeplant.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8e)	Wärmeatlas für Bremen und Bremerhaven -2-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

Frau Dr. Schaefer bittet darum, den Prozess der Erstellung eines Wärmeatlases für Bremen weiterhin voranzutreiben.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9	Verschiedenes	
--------------	----------------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Umgang und Einsatz von Glyphosat	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saffe	Geplant am 09.06.2016
---	--	--

Herr Pohlmann schließt die 7. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll